

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sanktverein Artern.

Nr. 136

Sonnabend, den 17. November 1928

41. Jahrgang

Rückblick.

F. M. C. Es muß sehr fraglich erscheinen, ob die französischen Radikalfazialen aus dem Sturz und der Rekonstruktion des Kabinetts Poincaré die Vorteile ernten, die sich einzelne ihrer Führer auf dem Kongreß in Ungers von ihrem Vorstoß gegen die verlassene Koalition Poincaré-Briand versprochen zu haben scheinen. Wie so oft in der Parteipolitik dürften die Radikalfazialen nachträglich froh vor ihrem eigenen Mut bekommen haben. Und wenn sie trotz der Unzulänglichkeiten, die Poincaré ihnen durch ihren in allen Parteien beliebten Parteifreund, den früheren Landwirtschaftsminister Queuille, machen ließ, dem neuen Kabinett ferngeblieben sind, obwohl ihre Vermählungen, dem Vintennartell zu neuem Leben zu verhelfen, schon vorher gescheitert waren, so dürfte dies weniger aus Prinzipienreue geschehen sein, als um nun, nachdem die Dinge doch einmal verfahren waren, gegenüber ihren Wählern die Fassade zu wahren.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Ausgehen der Radikalfazialen aus der Regierung die französische Außenpolitik, die für das Ausland naturgemäß das ausschlaggebende Moment für seine Stellungnahme gegenüber den Vorfällen in Frankreich ist, grundlegend beeinflussen wird. Schon haben Poincaré und Briand die durch die Regierungskrisis unterbrochene Aussprache mit England, Amerika und Deutschland über das Zusammenstreben und den Charakter der Sachverständigenkonferenz über die Reparationsfrage wieder aufgenommen. Sa. Poincaré hat sogar zu verstehen gegeben, daß er unter Umständen gewillt sei, persönlich in Berlin die Verhandlungen weiterzuführen. Die Informationen mehrten sich, wonach Poincaré, ermüdet und erkrankt von den ewigen Kämpfen der letzten Wochen, aber auch bis zu einem gewissen Grade zu neuen Überzeugungen gelangt, heute gegenüber den deutsch-französischen Beziehungen eine andere Einstellung habe als in früheren Zeiten. Sollten solche Nachrichten, die nicht unbedingt falsch zu sein brauchen und jedenfalls aus sonst gut informierten Quellen stammen, den Tatsachen entsprechen, dann wäre nicht zu befürchten, daß er die größere Mühe, die er nach Abgabe des Finanzministeriums an seinen Freund und Parteigenossen Chéron hat, um sich den Aufgaben der äußeren Politik zu widmen, benutzen wird, um den nicht besonders rückwärtsigen Stand von der Seite einer europäischen Verteidigungspolitik abzurufen. Aber man ist in Deutschland, durch bittere Erfahrungen belehrt, mit Recht skeptisch geworden. Von den Taten Poincarés bei den kommenden Verhandlungen wird es abhängen, welches Bild wir uns von den angelegten Verhandlungen seiner Anschauungen zu machen haben. Und gerade Poincaré gegenüber, dessen Rolle in der letzten Vorkriegszeit, beim Friedensschluß und in den qualvollen Monaten der Nachkriegszeit kein Deutscher so leicht vergessen kann, wird besondere Zurückhaltung und besondere Vorsichtiges Zuwarten niemandem überraschen können.

Inzwischen hat die deutsche innere Politik, wenn auch nicht ganz unvorhofft, ebenfalls eine nette, klare Linie durchgemacht. Es war selbstverständlich zu erwarten, daß die traurige Lage der deutschen Wirtschaft angesichts der riesenhaften Ausparungen im Ruhrgebiet und der schweren Lohnkämpfe an allen Enden des Reiches aus einen recht stürmischen Reichstagsbeginn befehlen würde. Nun hat auch noch die unselbige Panzerkreuzerfrage die Situation erschwert und verschärft, und nachdem sie bereits vorher genügend Beunruhigung in die Bevölkerung gebracht hatte, eine direkte Kabinettskrisis heraufbeschworen. Gerade an der Panzerkreuzerfrage läßt sich erneut feststellen, in welchem Maße eine Überwertung der logenartigen, „latitischen Momente“ durch überfällige Parteiführer geeignet ist, die parlamentarischen Institutionen zu diskreditieren und die Autorität des Volkstreters zu untergraben, mit andern Worten also, gerade das Gegenteil von dem herbeizuführen was eine rein „latitische Behandlung“ solcher Fragen nach dem Wunsch der Parteiführer erreichen soll. Aber wir sehen ja noch auf keine sehr umfangreichen Erfahrungen auf dem Gebiete des modernen Parlamentarismus zurück und wollen darum die Hoffnung nicht ganz verlieren!

Auf außenpolitischem Gebiete ist noch mit Genugtuung zu verzeichnen, daß das Finanzabkommen zwischen Deutschland und Rumänien trotz der inzwischen eingetretenen Veränderung des rumänischen Kabinetts unternommen worden ist. Hoffentlich folgt die Ratifizierung des Abkommens der Unterzeichnung bald

nach, damit der Weg frei wird zur Schöpfung eines deutsch-rumänischen Handelsvertrages und damit zu einer weiteren Belebung und Stärkung der deutschen Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Wege zur Kräftigung des europäischen Friedens sind noch lange nicht die schlechtesten!

Um das Panzerschiff.

Kampf der Parteien.

→ Berlin, 16. November.

Am Freitag begann am Donnerstag die Aussprache über die Anträge zum Panzerkreuzer.

Es wurde eröffnet von dem sozialdemokratischen Parteiführer Weis. Das Parlament sei frei, so erklärte er, und nicht an Beschlässe des vorigen Reichstages gebunden, wie das vielleicht die Regierung sei. Wenn der Reichswehrminister durch Vergebung von 30 Millionen Mark Aufträgen der Entscheidung des Reichstages vorgegriffen habe, so sei das ein Fall ohne Beispiel. Dem Versuch, die Parteien in eine Zwangslage zu bringen, werde sich die Sozialdemokratische Partei nicht fügen. Der Redner legte dann nochmals seine Gründe gegen den Panzerkreuzerbau auseinander und wies besonders eingehend auf die Not in den breitetsten Volksschichten hin, um zu dem Schluß zu kommen, daß man unter diesen Umständen den Bau eines Panzerkreuzers nicht veranlassen könne.

Die Kommunisten beantragten, die dem Kabinett vorliegende Denkschrift über den Panzerkreuzerbau sofort dem Reichstag zu übermitteln.

Reichsanwalt Müller stellte dazu fest, daß es nicht richtig sei, daß die Denkschrift irgend welche Anträge über die Vergebung von Leistungen im Betrage von 32 Millionen enthalten. Die Denkschrift enthalte ausschließlich über die Landesverteidigung, die im Reichskabinett gemacht seien und sich ihrer ganzen Sachlage nach nicht zur Weitergabe eigneten. Der kommunistische Antrag wurde gegen Antragsteller und Nationalsozialisten abgelehnt.

Darauf begründete der kommunistische Abgeordnete jedoch die Internationell seiner Forderung.

Hierauf ergriß Reichsanwalt Müller nochmals das Wort und betonte, daß die erste Rate für den Panzerkreuzer bereits von beiden Körperschaften gebilligt worden sei. Schwierigkeiten für die Deckung dieser ersten Rate seien nicht vorhanden. Für den weiteren Ausbau müßten dann Experimente im Etat gemacht werden. Er bestätigte, daß bereits für 32 Millionen Mark Bestellungen gemacht worden seien. Der Bau des Panzerkreuzers widerspreche hingegen den kommunistischen Behauptungen in keiner Weise dem Vertrag von Rapallo.

Reichswehrminister Groener

trug hierauf das Wort zu einer längeren Rede, in der er zunächst die Frage stellte: Haben wir eine Marine nötig? Sehr energisch legte er sich dann für die Behauptung nieder, daß es im Rückblick auf die in einem Kriege nicht die Marine eine große Rolle und eine wertvolle Ergänzung des Reichsheeres. Der in Frage stehende Panzerkreuzer wäre hauptsächlich für unsere Neutralität und für die Sicherstellung unserer Handelsflotte in Frage. Wie auch er Reichswehrminister Dr. Sirellmann betont habe, deute der Panzerkreuzer keine außerpolitische Belastung, die man auch die ganze Angelegenheit betrachten wolle, der Minister legte sich dann mit dem

Kampfer der neuen Panzerkreuzer auseinander. Dabei führte er aus, daß wir in Zukunft eine große Seemacht mehr haben würden. An Kampftakt und an Schnelligkeit sei der Panzerkreuzer den früheren Panzerkreuzern bedeutend überlegen, so daß er ein starker Bestandteil unserer Reichsmarine und somit eine wertvolle Ergänzung unseres Reichsheeres darstelle. Die Gefahr desuffizienter Transporte würde in Begeleitung des neuen Panzerkreuzers geringer. Die moderne U-Bootabwehr sei den U-Booten überlegen. Es müßte alles getan werden, was innerhalb der Beschränkungen des Versailler Vertrages für die

Wahrung der Verfassung der Wehrfähigkeit eintreten werden könne. Der Minister betonte dann die Zweckmäßigkeit der Konstruktion des Panzerkreuzers, der durchs modern sei. Von den 80 Millionen entfielen allein 56 Millionen für die Höhe, und wenn der Bau nicht fortgesetzt würde, dann würden 1500 Arbeiter auf die Straße gestellt, abgesehen davon, daß die deutsche Welt ihre Wehrvermögen verliere. Außerdem müßte die Gefesellschaft von Mann und Offizier aufrechterhalten bleiben, das sei aber nur dann möglich, wenn sie nicht mit veralteten Schiffen zu tun hätten. Es handle sich darum, ob man die deutsche Landesverteidigung verflümmern lassen wolle. In seiner Stellung als verantwortlicher Minister könne er in eine Ablehnung des Weiterbaues nicht willigen.

Von den Nationalsozialisten wurde dann ein Antrag eingebracht, falls die Einhellung beschloßen würde, die freierwerbenden Gelder für Gas- und Luftschiffbau auszumenden. Es sprach dann der deutschnationalistische Abgeordnete Treutmann, der erklärte, der sozialdemokratische Antrag sei nicht ernst zu nehmen, denn er sei durch den Druck der

Stärke entstehen. Der Panzerkreuzer sei eine militärische Notwendigkeit. Man glaube doch nicht, daß in anderen Ländern abgerüstet werde. Im Gegenteil rüstete man überall in den Grenzen des Vertrages nach besten Kräften. Darum sei auch für uns die planmäßige Ausnutzung des Versailler Vertrages ein dringendes Gebot. Hier gehe es nicht um den Wehrgeheimen überhaupt. Seine Partei werde daher gegen den Antrag stimmen.

Hierauf ergriß der Reichsanwalt Müller nochmals das Wort. Das jetzige Kabinett habe eine Erbschaft zu verwalten, zu der auch der Panzerkreuzer gehöre. Es sei sicher, daß sich manchmal die Meinung eines Kabinettsmitgliedes von dem seiner Partei trenne. Wenn es sich aber bei Entscheidungen im Parlament um wenige Stimmen handele, dann dürfe niemand fern bleiben, um die Meinung der Partei zu vertreten.

Von den Kommunisten waren Mißtrauensanträge sowohl gegen den Reichswehrminister wie auch gegen das Kabinettsmitglied eingegangen. Die Debatte wurde dann auf Freitag nachmittag zwei Uhr verlagert.

Keine Arbeitslosenunterstützung.

Die Entscheidung des Spruchsenats.

→ Berlin, 15. November.

Wie man erfährt, hat der Spruchsenat des Reichsarbeitsamtes die Frage, ob den von dem Eigentümer im Ruhrgebiet betroffenen Arbeitslosen Unterstützung gezahlt werden soll oder nicht in Ablehnung dem Sinne entschieden.

Es hand der praktische Fall eines Drehers zur Beratung, dessen Antrag auf Unterstützung in Düsseldorf abgewiesen worden war. Der Spruchsenat hat sich bei den Rechtsabteilungen gefehlt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Zahlung von Unterstützung nicht in Frage kommen könnte.

Ein Urteil ist zwar in der vorliegenden Sache nicht ergangen, vielmehr hat der Spruchsenat die Frage an das Oberverwaltungsamt zur nochmaligen Prüfung zurückverwiesen. In der Begründung wird jedoch hervorgehoben, daß unter den vorliegenden Umständen die Unterstützung von Erwerbslosenunterstützung nicht in Frage kommen könne. Damit hat der Spruchsenat, ohne ein Urteil zu fällen, doch endgültig festgestellt, daß in diesem Arbeitsfall keine Unterstützung gezahlt werden darf.

Bermittlung in Düsseldorf bisher ergebnislos.

Unter dem Vorbehalt des Regierungspräsidenten Bergemann trat der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitsgeber am Mittwoch nachmittag nochmals zu Verhandlungen zur Beilegung des Eigentümers zusammen. Die Verhandlungen vollzogen sich nur in engem Rahmen, da man bislang eine offizielle Verhandlung vorbereiten will. Bisher konnte allerdings noch keine Lösung gefunden werden, auf der man zu gemeinsamen offiziellen Verhandlungen zusammenzutreten könnte. Dennoch werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Wissell im Industriegebiet.

Neue Verhandlungen Bergemanns. — Will der Reichsarbeitsamtsminister vermitteln? — Warum die bisherigen Verhandlungen ergebnislos blieben.

→ Düsseldorf, 15. November.

Obwohl die bisherigen Verhandlungen des Regierungspräsidenten Bergemann mit den Gewerkschaftsvertretern und Industriellen noch zu keiner Einigung geführt hatten, fanden am Donnerstag nachmittag dennoch neue Verhandlungen statt. Reichsarbeitsminister Wissell befindet sich seit heute früh im Industriegebiet. Er hatte sich zunächst zum Regierungspräsidenten Bergemann gegeben, um sich von ihm über die Lage zu informieren. Die von verschiedenen Seiten verbreiteten Meldungen, daß Wissell nun auch persönlich Einigungsverhandlungen vermitteln würde, werden jedoch von zuständigen Stellen demontiert. Wissell hat demnach auch mit den Vertretern der beiden Parteien Fühlung genommen.

Obwohl die letzten Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten fertig verlaufen sind, wird doch von verschiedener Seite über den Verlauf mitgeteilt, daß die Arbeitgeber Jugendangelegenheiten bezüglich der Löhne geordnet hätten. Dies hätten jedoch die Gewerkschaftsvertreter abgelehnt und gefordert, daß man nur auf der Basis des Schiedsspruches verhandele. Allerdings seien sie dann bereit, in der Frage der Arbeitszeit gewisse Zugeständnisse zu machen.

Begründung des Duisburger Urteils.

Entsch nach drei Tagen ist auch die Begründung des Urteils des Arbeitsgerichts in Duisburg bekannt gegeben worden, wodurch bekanntlich der Schiedsspruch und die Verbindlichkeitsklärung für rechtsunwirksam erklärt wurde. Es wird darin ausgeführt, daß als Tatsache festgestellt werden mußte, daß der Schiedsspruch allein nach der Meinung des Vorsitzenden gefällt wurde, die von den übrigen Mitgliedern der Kammer nicht geteilt wurde. Da aber der Schiedsspruch nur auf Grund der Entscheidung der Kammer, nicht des Vorsitzenden allein, gefällt werden dürfte, sei der Spruch und damit auch die Verbindlichkeitsklärung rechtsunwirksam.

Ausprechung auch im Hagener Bezirk.
Am Mittwoch in Hagen abgehaltenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband des Hagener und Schwelmer Eisenwerks und den Metallarbeitergewerkschaften haben zu keinem Ergebnis geführt, so daß jetzt von Arbeitgeberseite die Gesamtkündigung für sämtliche Betriebsstätten am 15. November ausgeschrieben wird. Es kommen 35 bis 40 000 Metallarbeiter in Betracht.

Zu den Verhandlungen zwischen dem Westfälischen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften, die hier am Mittwoch stattfanden und ergebnislos verliefen, sind bekannt, daß von den Gewerkschaften das Angebot der Arbeitgeber, den bisherigen Lohntarif auf längere Zeit fortzuführen, Letzterer abgelehnt und eine Lohnerhöhung nach Maßgabe eines Sperrlohnens von 84 Pfa. gefordert wurde, was einer Lohnerhöhung von fünf v. H. gleichkommt. Die Arbeitgeber haben darauf die Kündigung der Arbeiter zum 30. November beschließen.

Eisenkonflikt im Sozialpolitischen Ausschuss.

Schnelle Erledigung.

Berlin, 16. November.

Im Sozialpolitischen Reichstagsausschuss wurden unter dem Vorsitz des Abgeordneten Esser (Zentrum) die Vorschläge zum Eisenkonflikt beraten. Von allen Seiten wurde der Wille bekundet, die Beratung möglichst schnell durchzuführen. In der Debatte wurde im wesentlichen über den schon im Kammernrat abgelehnten Standpunkt der einzelnen Fraktionen zu den Vorschlägen näher erläutert. Die Beratungen werden heute fortgesetzt. Beschlüsse wurden gestern noch nicht gefaßt.

Mißtrauen gegen Dr. Schreiber abgelehnt

Der preussische Handelsminister über die Stilllegungen.

Berlin, 16. November.

Am Donnerstag trat der Preussische Landtag wiederum zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand im wesentlichen die Abstimmung über das vom preussischen Handelsministerium gegen den Handelsminister Dr. Schreiber vorgebrachte Mißtrauensvotum gegen den Handelsminister Dr. Schreiber. Vorerst wurden noch keine Vorlesungen erteilt.

Das Haus schloß sich dem Mißtrauensvotum ab und verabschiedete darauf ebenso die Vorlesungen über die Staatsentnahmen und -ausgaben von 1924 bis 1928.

Man trat dann in die Beratung des Mißtrauensvotums über die 3 gegen 1 gegen den Handelsminister Dr. Schreiber ein. Das Haus unterwarf aber bald die Beratung, um in namenhafter Abstimmung den Mißtrauensantrag gegen den Handelsminister mit 214 gegen 50 Stimmen bei 11 Enthaltungen abzulehnen.

Handelsminister Dr. Schreiber gab dann einen Überblick über die Gesamtsituation des Ruhrgebietes seit dem englischen Bergarbeiterstreik. Bisher habe sich gezeigt, daß die bei Stilllegungen zur Entlassung gelangten Arbeiter zum allergrößten Teil auf dem Arbeitsmarkt wieder untergekommen sind. Es erhebe daher auch im Interesse der gegenwärtig etwa vorhandenen 350 000 Ruhrarbeiter die Forderung, die unter den verwickeltesten Konkurrenzverhältnissen nicht mehr wirtschaftlichen Betriebe stillzulegen, um den Gesamtbergbau gesund zu erhalten. Er werde sich bei der Reichsregierung in Verbindung setzen, um mit ihr zu prüfen, ob und welche Veränderungen der Stilllegungsbestimmungen möglich seien, um wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Stilllegungen unter allen Umständen zu verhindern.

Wieder Reparationsbesprechungen.

Hochs verhandelt mit Brand und Poincaré. — Antwort der Alliierten in vier Tagen. Paris und Berlin als Konferenzorte.

Paris, 14. November.

Die vorbereitenden Besprechungen für die Sachverständigenkonferenz sind nach der französischen Regierung durch einen erneuten Besuch des deutschen Reichsleiters von 5 bis 16 bei den französischen Außenministeren wieder aufgenommen worden. Am gleichen Tage verhandelte Poincaré mit dem englischen Botschafter F. E. B. und dem Präsidenten der Bank von Frankreich sowie dem neuen Finanzminister Chéron. Die Besprechungen wurden heute nachmittags von Botschafter von Hochs durch den Ministerpräsidenten Poincaré fortgesetzt.

Nach den Mitteilungen der französischen Presse wird in drei bis vier Tagen das alliierte Memorandum zur Reparationsfrage in Berlin überreicht werden. Auf Grund dieser Darstellung wird sich die Reichsregierung über ihre fernere Haltung äußern müssen. Es ist anzunehmen, daß in Kürze die offizielle Ernennung der Sachverständigen erfolgt, die die Konferenz dann zu arbeiten beginnt. Als Tagungsort bezeichnete die französische Presse für die ersten Verhandlungen Paris. Später werde aber die Konferenz nach Berlin überföhren werden, weil die Damesonminen ihren Sitz habe und man mit dieser eng zusammenarbeiten müsse.

Die Sachverständigen-Konferenz.

Denkschriften der Alliierten. — Zusammenkunft der Kommission nicht vor Januar.

Paris, 15. November.

Wie „Matin“ erklärt, überreichte Poincaré bei der Unterredung dem deutschen Botschafter von Hochs eine kurze Zusammenfassung des französischen Standpunktes. Da die anderen Mächte Deutschland ebenfalls eine Denkschrift übergeben hätten, müßte es nun in weicher Richtung die Arbeit der Sachverständigen sich bewegen können. Die Ernennung unabhängiger Sachverständiger, die in voller Freiheit das Gesamtergebn prüfen, könne als sicher gelten. Da es aber notwendig ist, offizielle oder offizielle Schritte zu unternehmen, um sich die Mitarbeit amerikanischer Sachverständiger zu sichern, ist es nicht wahrscheinlich, daß die Kommission vor Anfang kommenden Jahres zusammenzutreten könne.

Der „Grosskurier“ ist der Auffassung, daß nur den Regierungen letztes Ende die Verantwortung über die Entscheidungen juristischen und politischen Charakters zufiele. Das Blatt setzt das Ziel der Reparationsverhandlungen folgendermaßen zusammen:

1. Welche vorzeitigen Reparationszahlungen kann Deutschland sofort als Gegenleistung für die vorzeitige Abfindung leisten?
2. Welches ist die endgültige Schuld Deutschlands, nachdem es die vorzeitigen Zahlungen durch Vorkriegsleistungen seiner Eisen-

bahnen und Industriobligationen auf dem internationalen Markt durchgeföhrt hat?

3. Welches sind Zahl und Umfang der künftigen deutschen Annuitäten nach dieser endgültigen Festlegung der Schuld bezogen und nach den Annuitäten, die die Alliierten einander oder Amerika schulden?

Das Blatt stellt zum Schluß fest, daß das Sachverständigenkomitee nicht Charakter einer internationalen Konferenz habe und maßgeblich in Paris zusammenzutreten werde.

Das Programm des Kabinetts Poincaré.

Aktivität in der Reparationsfrage.

Paris, 15. November.

Die französische Kammer trat heute nachmittags zusammen, um die Erklärung des neuen Kabinetts Poincaré entgegenzunehmen, die von dem Ministerpräsidenten vorgelesen wurde.

Das Programm, das Poincaré vortrug, war ziemlich kurz gefaßt. Eingangs wies er auf die Notwendigkeit der nationalen Eingangs hin. Steuerermäßigungen seien maßgeblich erst im Haushaltsplan von 1924 durchzuführen. Die Kongregationssparagrafen 70 und 71 werden auch weiterhin aufrechterhalten, doch stellte es Poincaré der Kammer frei, hierfür ein neues Gesetz zu beschließen.

Einen großen Raum nahm die Frage der Reparationen ein. Poincaré gab die feierliche Versicherung ab, daß die Regierung die ins Auge gefaßten Verhandlungen mit aller Aktivität führen und beschleunigen wolle. Er der Ministerpräsident, wollte die Welt in die Lage versetzen, in händiger Zusammenarbeit mit den Alliierten und dem deutschen Vorkriegsminister in Paris eine Gefährdung anzutreten. Die Ratifizierung der Schuldenabkommen mit Washington und London bezeichnete Poincaré als wünschenswert.

Aus dem In- und Auslande.

Deutschland soll die 75 Millionen Mark sofort an Rumänien zahlen.

Bukarest, 15. November. Am Mittwoch ist der Generalkonsul der rumänischen Kreditbank, Oskar Kaufmann, nach Berlin abgereist. Er soll die Reichsregierung bewegen, die im deutsch-rumänischen Abkommen Rumänien zugesagte Summe von 75 Millionen Mark sofort zur Auszahlung zu bringen.

Am die russisch-englischen Beziehungen.

Konow, 15. November. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die letzte Erklärung des parlamentarischen Unterstaatssekretärs Roder Kampon im Unterhaus über die Wiederherstellung der russisch-englischen Beziehungen in Moskau freilich mit Interesse aufgenommen worden. Von russischer Seite wird erklärt, daß die Sowjetregierung über keine Veranlassung liege, den ersten Schritt zu tun.

Kleine politische Meldungen.

Der Rektor der Wiener Universität zum Bischof ernannt. Der Papst hat den Rektor der Universität Löwen zum Bischof ernannt. Der Rektor ist kürzlich bekannt geworden, weil er die Anbringung der deutsch-österreichischen Inschrift an der Universität verweigerte.

Der Justizminister Dr. Noos' abgelehnt. Die Anklagekammer des Appellationsgerichtshofes in Kolmar lehnte ein Verurteilungsersuchen des Justizministers Dr. Noos ab. 1500 russische Gesellschaftsbesitzer entlassen. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind nach einer Resolution der Genossenschaftlichen in den Gesteinbezirken der Sowjet-Union insgesamt 1500 Besitze wegen ihrer sozialfeindlichen Bestimmung aus dem Dienst entlassen worden.

Aus der Umgegend

Neubra, 17. November.

Beierlage.

Ieber Beierropa war ein beträchtliches Druckgebiet aufgetreten, das die Verlagerung des Tiefes über Venedig nach Süden nach sich zog. Infolgebeugen hatten wir mehr nördliche Winde, die das Sinken der Temperaturen mit sich brachten. Da durch den weissen Druckfall die über Mittel- und Europa lagernden Luftmassen zusammenfielen, trat hellere weisse Erhellung auf. In Schwabenraum bildete sich jedoch neben dem großen Tief eine Teilströmung, die wieder unabhängiges, schlechtes Wetter brachte.

— **Musikalische Feiern.** Am Abend des Auftrages (nächsten Mittwoch) wird ein gelbes Musikantfest in unserer Kirche gehalten, an dem die besten musikalischen Kräfte unserer Gegend teilnehmen werden. Als Ausführende werden genannt: Musikdirektor Köhler (Violine), Kantor Schölkopf (Orgel), Organist Reinhardt (Orgel), Mitglieder des Gesangschor, ein Streichquartett des Stadtorchesters. Das im Druck vorliegende, in der Schaffhousen-Verlagshandlung von heute ab für 20 Pfa. erhältlich und zum Eintritt berechtigtes Programm enthält die schönsten Werke geistlicher Musik erster Meister für Instrumentalmusik und Gesang. Die Darbietungen werden einen tiefen Eindruck auf die Besucher zurücklassen. Möchten recht viele unserer Gemeindeglieder durch einen Besuch der durch erhebliche Mühen und Opfer an Zeit und Ausgabebegonnenen Vorbereitung zu erkennen geben, daß sie in unserer Stadt für eine künstlerische Gestaltung der Musikpflege ein reges Interesse verbinden ist.

— **Städtische Spiele.** Schon einmal fand der überaus zugkräftige Film: „Der letzte Walzer“ auf dem Programm unserer Stadtschulspiele, er konnte damals nicht gespielt werden, weil die ihn vorher spielenden Kinder den sich als Raufenfisch erweisenden Film nicht aus der Hand geben. Am Sonntag nun sehen wir auch in Neubra den „Letzten Walzer“-Film, die Schmach hat also gefüllt.

— **Ziehungsvorlegung.** Wie uns die Handwerkskammer Halle mitteilt, ist die Ziehung der zum „Beiten des Handwerker-Erholungsheimes in Güntersberge“ zu veranlassenden Lotterie mit behördlicher Genehmigung auf den 3. Januar 1924 verlegt worden im Hinblick darauf, daß der Kobadtag in den einzelnen Handwerkskammern teilweise zu wünschen übrig ließ. Den noch übrig gebliebenen kleinen Teil Gole glauben die Handwerkskammern jedoch in Anbetracht des guten Zweckes und des bevorstehenden Weihnachtstages noch ungenutz zu lassen, sodas mit der Ziehung am 3. Januar 1924 bestimmt geredet werden kann.

— **Was ist Einkommen?** Wer Einkommen hat, weiß genau Bescheid; wer kennen er, der teins hat! Am genauesten weiß es natürlich die Steuerbehörde. Am Grundbesitz des deutschen Steuerrechts von dem herkömmlichen und wohl bekanntesten Steuerrechtlicher Geh. hat Dr. Erwig kriegt man aber ganz genau erläutert, was unter „Einkommen“ zu verstehen ist, denn dort heißt

es wörtlich: „Das Einkommen läßt sich definieren als der Leberlohn, der dem einzelnen von der Gesamtheit der ihm in einer zu bestimmenden Periode aus dauernden Quellen zur Gewinnung von Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung zuzuführenden Vorkriegsperiode nach Abzug des Gesamtvertrages der innerhalb derselben Periode bei solchen Vertragsquellen durch Zurechnungen ihrer Einkünfte hinter den Verbräuchskosten erlittene Reuliste und der dritten auf Grund besonderer Realitäten zu gewährenden periodischen und daher aus den periodisch wiederkehrenden Einkünften zu befreienden Sachgüterleistungen verbleibt und daher von ihm ohne Verminderung des Gehaltens seines bei Beginn der Periode vorhandene gewesene Vermögens verbrannt werden kann, soweit er oder nicht verbraucht wird, mittels dieses Reuliste vermehrt.“ — Nun fange also jemand, das es schwer ist, das Einkommen klipp und klar zu befestigen.

— **Nachprüfung der Städtischen Klasse.** Während die Geschäftsbücherei der Städtischen Klasse die Industrie eine dauernd angelegte Prospekt zeigen, kommt die Städtische Klasse Industrie, die Landwirtschaft, in immer stärkerer Maße zum Erliegen. Aus dieser Tatsache heraus haben daher die Abgeordneten Demeter, Graf v. Westarp und Genossen einen Antrag an den Reichstag eingebracht, durch welchen die Reichsregierung erwidert wird, die Preisfestlegung für die städtischen Klasse einmütig einer erneuten und sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

— **Bereinigtes Ausfüllen der Leberwunden und Ertragsüberwunden des Vorkriegsverkehrs** hat das Reichsministerium dadurch ermöglicht, daß zugelassen worden ist, die Geschäftsbücherei abzugeben, aber nur die 2. und 3. von dem vollen Namen zu bezeichnen. Vorausgesetzt ist dabei, daß die in den Bereinigten der Vorkriegszeiten abgedruckten und in deren Vorbereitungen abgedruckten Abrechnungen angewandt werden und daß sie deutlich geschrieben sind. Auf den für die Vorauszahlung bestimmten Vorkriegs- und Zahlungsanweisungen muß auch künftig der Bestimmungsort voll ausgefüllt werden.

— **Die Winterausgabe des Reichs-Kursbuchs.** Die zweite Winterausgabe 1923-24 des Reichs-Kursbuchs wird in der Zeit vom 10. bis 13. Dezember erscheinen. Mit dieser Ausgabe erfährt das Reichs-Kursbuch eine grundlegende Umgestaltung, weil nach Einführung des Zweifelhinspiels bei der Deutschen Reichsbahn die Klassenlinien weggelassen. Die Züge, die nunmehr nach dem neuen Fahrplan verkehren, sind durch besondere Zeichen hervorgehoben, so daß es jetzt für die Benutzer des Reichs-Kursbuchs wesentlich leichter ist, sich über die bei den einzelnen Zügen geführten Wagenklassen zu orientieren. Die Ausgabe enthält außer den zahlreichen wichtigen Veränderungen, die seit dem Inkrafttreten des Winterfahrplans in den Eisenbahnbüchereien in Deutschland eingetreten sind, die neuen Fahrpläne der Eisenbahnen in Frankreich, England, Ungarn, Griechenland, Rußland, Türkei, Mesopotamien, Syrien, Palästina und Ägypten.

— **Pflichten des Chauffeurs und des Lokomotivführers** bei nicht gesteuerten Eisenbahnübergängen. Wird eine Fahrstraße von einem mit Schranken nicht versehenen Schienenweg überquert und sind hierbei die Sicht- und Hörverhältnisse besonders ungünstig, so daß ein nahender Zug von der Straße aus erst wenig Meter vor dem Bahnübergang und auch dann nur auf geringe Entfernung wahrzunehmen werden kann, dann muß sich der Fahrer eines Kraftwagens der gefährlichen Kreuzung so langsam nähern, als dies nach der Lage der Verhältnisse technisch möglich ist. Am Tag zu verewestern, ob ein Zug nahet, muß der an dem Übergang verweilende Fahrer von dem Bahnübergang aus und dem Motor absehen. Diese Verpflichtung besteht unabhängig von der Verpflichtung zum Anhalten an der Warnungstafel, die eine vorgängige Wahrnehmung der Annäherung eines Zuges voraussetzt. Aber auch die mit dem Vorkahrrecht ausgestatteten Eisenbahnzüge müssen an den gefährlichen Stellen mit erheblicher Herabsetzung der Geschwindigkeit und mit erhöhter Aufmerksamkeit auf das äußerste gefeierten Verfahr gefahren werden.

— **Togleben.** [Von der Gemeindefant.] Mit Vorbrud haben die am Neubau der Gemeindefant beschäftigten Handwerker in den letzten Wochen gearbeitet, sodas nunmehr das Gebäude als bezeugfertig gesprochen werden kann. Der schmale Bau, der in seiner Mitte zur Zierde gereicht, bietet Emporenwände von den Mitgliedern der Gemeindefant mit großem Interesse verfolgt worden ist, soll nunmehr bezogen werden. Während die Gemeindefant voraustrichtig Ende dieses Monats überföhrt, werden die Wohnungen in den nächsten Tagen der Benutzung übergeben. Vorerst soll den Mitgliedern einmal Gelegenheit gegeben werden, auch das Innere des ganzen Grundbaues kennen zu lernen, wozu der Sonnabend nachmittags anberufen ist. Von 4-5 Uhr morgen nachmittag ist den Mitgliedern die Besichtigung gestattet.

— **Querfurt.** In unserer Stadt und Umgegend hat in letzter Zeit ein Wildverbreitungsphänomen, „Gehäut“ gemacht. Er vergrößert keineswegs Bilder, sondern nur sein Vermögen durch Entgegennahme von Anzeigen und durch Nichtbezahlung seiner Wohnung. Wenn er einen Besitz abgegriffen hat, verjüngt der Mann und läßt nichts mehr von sich hören.

— **Chartsberga.** Zum Wiederanbau der am 20. Oktober durch Feuer zerstörten Kirche hat sich ein Hilfskomitee gebildet, welches in einem Aufruf anfordert, Spenden zum Neubau der Kirche zu geben. Die wirtschaftlich sehr schwache Kirchengemeinde ist mit den Kosten der Renovierung der abgebrannten Kirche, zu deren Befugnis ein Darlehen aufgenommen worden war, in Höhe von 18 500 M. belastet. Hierzu werden nunmehr noch erhebliche Opfer für einen Neubau hinzuzufügen.

— **Sangerhausen.** 12. Nov. Ein aufreger Vorfall ereignete sich hier am Freitag. Ein Autobus der Reichsbahn, der am Bahnhof vor dem Hotel „Kaiserin Augusta“ hielt und ohne Führung war, setzte sich plötzlich die abschüssige Bahnhofsstraße hinunter in Bewegung und nahm sofort große Geschwindigkeit an. Glücklichvermeide man dem Fahrzeug kein Auto entgegen. Es fuhr bis zur nächsten Gasse, hier wurde es von einem großen Maß der Klüftung aufgehalten und zum Stillstand gebracht.

— **Nordhausen.** Tödlicher Ausgang einer Händerei. In Nordhausen (am Harz) wurde dem 53jährigen Hans Arnold durch den Steinwurf eines 15jährigen Kindes, der von seinen Kameraden geneigt worden war, die Schädeldede zerrümmert. Der Verletzte starb einige Stunden später.

— **Sangerhausen.** Aus der Steinzeit. Im Kesseltal bei Sangerhausen wurde jetzt Gartenarbeiten Grabmal aus der dritten Stufe der jüngeren Steinzeit freigelegt. Die Grabanlage hat eine Höhe von 75 Zentimetern, ist etwa 1 Meter lang und 70 Zentimeter breit. Die Deckplatte war ein großer Braunfelsenblock. Unter der Deckplatte fanden in dreieckiger Form drei Knochen aufrecht. Derartige Grabanlagen sind in anderer Gegend sehr selten.

